

Antrag

der Abgeordneten Harald Koch, Katrin Kunert, Jan Korte, Wolfgang Gehrcke, Jan van Aken, Christine Buchholz, Sevim Dağdelen, Dr. Diether Dehm, Annette Groth, Heike Hänsel, Dr. Rosemarie Hein, Inge Höger, Andrej Hunko, Stefan Liebich, Niema Movassat, Thomas Nord, Paul Schäfer (Köln), Alexander Ulrich, Katrin Werner und der Fraktion DIE LINKE.

Ausbau des Truppenübungsplatzes Altmark sofort stoppen – Colbitz-Letzlinger Heide zivil nutzen

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Seit 1994 gibt es langanhaltenden Widerstand gegen die militärische Nutzung der Colbitz-Letzlinger Heide.

Nachdem das Gelände seit Mitte der 30er-Jahre als Truppenübungsplatz der Wehrmacht und nach dem Zweiten Weltkrieg von den dort stationierten sowjetischen Truppen genutzt wurde, beschloss der Landtag von Sachsen-Anhalt 1991 die ausschließlich zivile Nutzung der Colbitz-Letzlinger Heide und damit verbunden die Überführung des Geländes in einen Naturpark. Im Jahr 1994 revidierte die neue, von den Fraktionen der CDU und FDP geführte Landesregierung, diesen Landtagsbeschluss, und trat für eine Übernahme des Truppenübungsplatzes durch die Bundeswehr und die Fortführung der militärischen Nutzung ein.

Der sich daraus ergebende Konflikt sollte im Jahr 1997 mit dem so genannten Heidekompromiss gelöst werden. In diesem vereinbarten der Minister für Inneres und Sport des Landes Sachsen-Anhalt (Dr. Manfred Püchel) und der damalige Bundesminister der Verteidigung (Volker Rühle), dass zumindest der südliche Teil der Colbitz-Letzlinger Heide, nach einer oberflächlichen Munitionsberäumung, bis 2006 einer zivilen Nutzung zugeführt und in das Bundesvermögen übergeben werden sollte. Dieser „Heidekompromiss“ wurde jedoch bis heute nicht umgesetzt.

Im Jahr 2003 sagte sich die Landesregierung Sachsen-Anhalts endgültig vom „Heidekompromiss“ los, und beschloss die weitere Nutzung des militärischen Geländes – auch des Südteils – auf unbestimmte Zeit. Zahlreiche Anwohnerinnen und Anwohner, die Bürgerinitiative OFFENE HEIDE sowie DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN protestieren zum Teil bis heute gegen die Nichterfüllung des „Heidekompromisses“ und setzten sich für eine zivile Nutzung ein.

Die Planung der Bundesregierung, den Truppenübungsplatz Altmark nun zum größten europäischen Gefechtsübungszentrum, inklusive einer kompletten Stadt zur Simulation von Kampf- und Kriegseinsätzen im Ausland auszubauen, steht

im Widerspruch zum erklärten Willen der Mehrzahl der Anwohnerinnen und Anwohner. Neben den bereits bestehenden sechs kleineren „Siedlungen“, in denen schon heute jährlich bis zu 25 000 Soldatinnen und Soldaten für Kriegseinsätze ausgebildet werden, soll nun zusätzlich eine komplette Übungsstadt mit mehr als 500 Gebäuden und Infrastruktur, unter anderem Hoch- und Einfamilienhäuser, öffentliche Plätze, Kultur- und Industriezentren sowie Elendsviertel, geschaffen werden.

Der Ausbau soll noch in diesem Jahr beginnen und etwa 100 Mio. Euro kosten. Dies bedeutet eine enorme finanzielle Belastung der kommunalen Haushalte. Gerade in Sachsen-Anhalt fehlt es jedoch aller Orten an Geld, um die öffentliche Daseinsfürsorge sowie den Erhalt und Ausbau kommunaler Infrastruktur zu gewährleisten. Bund, Länder und Kommunen schaffen es nicht, ihre Haushalte auszugleichen und oftmals scheitern wichtige und sinnvolle Projekte schon an kleinen Summen. Unter diesen Voraussetzungen ist die Bereitstellung von 100 Mio. Euro für Kriegszwecke nicht nachvollziehbar und nicht akzeptabel.

Auch das von Befürwortern der militärischen Nutzung der Heide oft ins Feld geführte Arbeitsplatzargument erweist sich als nicht stichhaltig. 90 Prozent der durch den Truppenübungsplatz Altmark entstandenen Arbeitsplätze werden von der Bundeswehr selbst besetzt. Nur ca. 150 Arbeitsplätze werden bisher für Menschen aus der Region gestellt, meist im Niedriglohnbereich. Dieses Verhältnis wird sich aller Voraussicht nach auch durch einen Ausbau des Truppenübungsplatzes nicht ändern oder sogar noch zu Gunsten der Bundeswehr verschieben. Im Gegensatz dazu geht aus einer Studie des Deutschen Gewerkschaftsbundes hervor, dass eine naturverträgliche zivile und touristische Nutzung der Colbitz-Letzlinger Heide etwa 2 600 Arbeitsplätze für Menschen aus der Region schaffen könnte.

Darüber hinaus ist die Colbitz-Letzlinger Heide die größte nicht landwirtschaftlich genutzte Landfläche Mitteleuropas. Aufgrund des geringen Versiegelungs- und Bebauungsgrades gibt es dort seltene Biotop- und zahlreiche vom Aussterben bedrohte Tier- und Pflanzenarten, welche durch den Bau einer Geisterstadt für Soldatinnen und Soldaten massiv bedroht wären.

Und nicht zuletzt setzt die Bundesregierung mit dem Ausbau des Truppenübungsplatzes Altmark den Umbau der Bundeswehr hin zu einer weltweit einsetzbaren, schlagkräftigen und noch effektiveren Einsatzarmee fort. Mit der Fokussierung des Gefechtsübungszentrums Altmark auf Häuserkämpfe und Kampfeinsätze in urbanen Zentren, unter der Anwesenheit von Zivilistinnen und Zivilisten wird dies sogar noch einmal verschärft. Dies ist mit dem humanitären Völkerrecht nicht vereinbar. Städte sind und bleiben keine Angriffsziele, Krieg und der Einsatz militärischer Mittel dürfen kein Instrument deutscher Außen- und Sicherheitspolitik sein, erst recht nicht in urbanen Zentren.

Der Ausbau des Truppenübungsplatzes Altmark zum größten europäischen Gefechtsübungszentrum und die militärische Nutzung der Colbitz-Letzlinger Heide sind somit weder aus friedenspolitischen noch aus sozialen, haushalterischen oder umweltpolitischen Aspekten sinnvoll und nachvollziehbar und müssen daher sofort gestoppt werden.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. alle bisher für den Ausbau des Truppenübungsplatzes Altmark mit der Firma Rheinmetall AG und anderen Unternehmen geschlossenen Verträge unverzüglich aufzukündigen, keine neuen Verträge abzuschließen und damit den Ausbau des Gefechtsübungszentrums zu stoppen,

2. unverzüglich ein Konzept und einen Zeitplan für die Schließung des Truppenübungsplatzes Altmark sowie für eine zukünftige zivile Nutzung der Colbitz-Letzlinger Heide vorzulegen und dabei als ersten Schritt den „Heidekompromiss“ des Jahres 1997 umzusetzen,
3. mit der Altlastenbeseitigung zu beginnen und im Bundeshaushalt die erforderlichen Mittel bereitzustellen, um eine vollständige Beseitigung von Munitions- und Kampfmitteln zu gewährleisten,
4. sicherzustellen, dass die kommunale Gestaltungshoheit gewahrt wird und Bürgerinnen und Bürger direkt an Entscheidungen zur Zukunft der Colbitz-Letzlinger Heide beteiligt werden.

Berlin, den 12. September 2012

Dr. Gregor Gysi und Fraktion

